

ORF-Entpolitisierung: Ein frommer Wunsch

Medien. Ein Aufschrei der ORF-Belegschaft lässt aufhorchen: Mitarbeiter warnen vor (partei)politischer Vereinnahmung des ORF. Die Steiermark bot ungewollt ein Exempel.

VON ISABELLA WALLNÖFER

Man hätte es eigentlich wissen müssen. Das ORF-Gesetz sagt es an sich mehr als deutlich: Dem ORF-Publikumsrat (der je zur Hälfte von der Bundesregierung und von diversen gesellschaftlichen Organisationen besetzt wird) dürfen Politiker (egal, ob aus Bund, Ländern oder auf EU-Ebene), Parteienangehörige und politische Funktionäre „nicht angehören“. Trotzdem wollte der Dachverband der Sozialversicherungen kurz vor der Neukonstituierung des Gremiums Anfang Juni Andreas Herz als Vertreter in den Publikumsrat schicken. Dagegen regte sich allerdings Widerstand. Rundfunkrechts-Experte Hans Peter Lehofer streute via Bluesky Zweifel: Sollte Herz tatsächlich stellvertretender Obmann der ÖVP in der Steiermark sein, würde seine Bestellung dem ORF-Gesetz widersprechen. Der Dachverband ruderte daraufhin zurück. Herz wird nun doch nicht in den Publikumsrat entsandt.

Eine Petitesse? Hat da jemand einfach nur das Kleingedruckte nicht genau gelesen? Möglich. Oder ist es vielleicht doch ein Hinweis darauf, dass die politischen Entscheidungsträger noch nicht ganz verstanden haben, was der Verfassungsgerichtshof gemeint hat, als er das ORF-Gesetz in Teilen aufgehoben und eine Neuregelung gefordert hat. Er sah die Unabhängigkeit des ORF gefährdet. Das ORF-Gesetz wurde daraufhin ein wenig novelliert. Die Bestellung des Publikumsrats, die Zusammensetzung des Stiftungsrats wurden gerade so minimal verändert, dass man sagen kann, man habe der VfGH-Forderung Genüge getan. Wirklich ernst nehmen die politisch Verantwortlichen die dahinterliegende Intentionen aber offenbar immer noch nicht. Das zeigt das eingangs erwähnte Beispiel.

Resolution der ORF-Belegschaft

Zuletzt kam auch ein Aufschrei der ORF-Belegschaft. Dass die Regierung jetzt nur mehr sechs statt bisher neun Vertreter direkt in den Stiftungsrat entsenden darf (dafür kommen neun statt sechs aus dem Publikumsrat) ändere am zu großen Politikeinfluss nichts, heißt es in einer vom Redaktionsrat einstimmig verabschiedeten Resolution. Die Belegschaft fürchtet eine „(partei)politische Absicherung der Aufsichtsgremien“, indem die Parteien sich die Mandate aufteilen. Stiftungsräte sollten ihre in der Verfassung verankerte Unabhängigkeit und Weisungsfreiheit ernst nehmen und nicht nach den Vorgaben der Parteien - also ihrer „Freundeskreise“ - abstimmen.

Das bleibt wohl ein frommer Wunsch. Die politische Gewichtung in den ORF-Gremien ist längst vereinbart. Die sechs Regierungsmandate werden im Verhältnis 3:2:1 aufgeteilt. Die ÖVP entsendet neben PR-Berater Georg Schütze und Ruth Strondl (KHM), die bereits im Stiftungsrat waren, auch SAP-Geschäftsführerin Christina Wilfinger. Die zwei SPÖ-Mandate gehen an Astrid Salmhofer (Wiener Stadtwerke) und Wirtschaftswissenschaftler Leonhard Dobusch (Momentum). Die Neos entsenden Unternehmensberater Philip Ginhör.

Die FPÖ hat künftig zwei Parteimandate

Dazu kommen sechs politisch besetzte Parteimandate: Peter Westenthaler bleibt im Stiftungsrat. Der zweite Sitz, der der FPÖ als stimmenstärkster Partei im Nationalrat zusteht, geht an den Juristen und Uni-Professor Christoph Urz. Die SPÖ entsendet wieder Unternehmensberater Heinz Lederer, einst Kommunikationsschef der Partei, der in gewohnter Tradition (den ORF-Generaldirektor sucht die Kanzlerpartei aus, den Stiftungsratsvorsitzenden der Koalitionspartner) als Top-Favorit für den

Vorsitz gilt. Die ÖVP bleibt bei WU-Professor Ewald Aschauer. Für die Grünen geht Hildegard Aichberger (Umweltbundesamt) in den Stiftungsrat, für die Neos ist es Medienanwalt Markus Boesch.

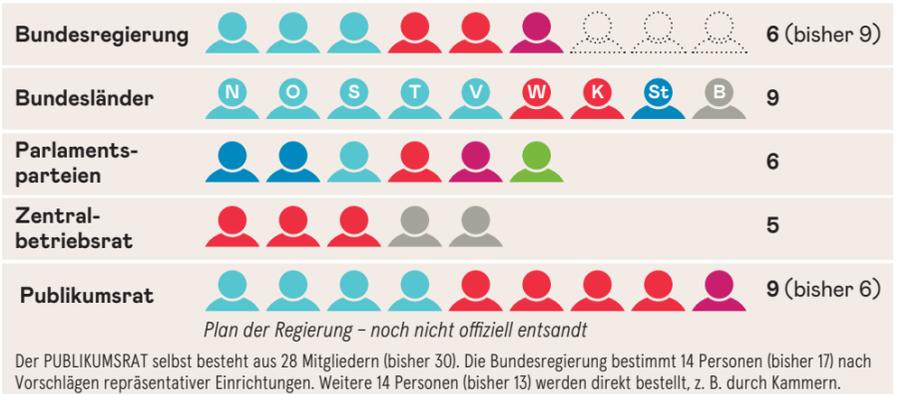
Publikumsrat am 5. Juni

So weit, so transparent. Nicht öffentlich ist hingegen der politische Besetzungsschlüssel für jene neun Mandatare, die vom Publikumsrat in den Stiftungsrat entsandt werden. Dem Vernehmen nach lautet er 4:4:1 für ÖVP, SPÖ und Neos. Wer es sein wird, entscheidet sich in der konstituierenden Sitzung am 5. Juni. Unter Türkis-Grün fiel die Wahl jedenfalls auf je drei ÖVP- bzw. drei den Grünen nahestehende Personen. Reiner Zufall?

Bestellung der ORF-Gremien: neue Regeln, alte Parteilichkeiten

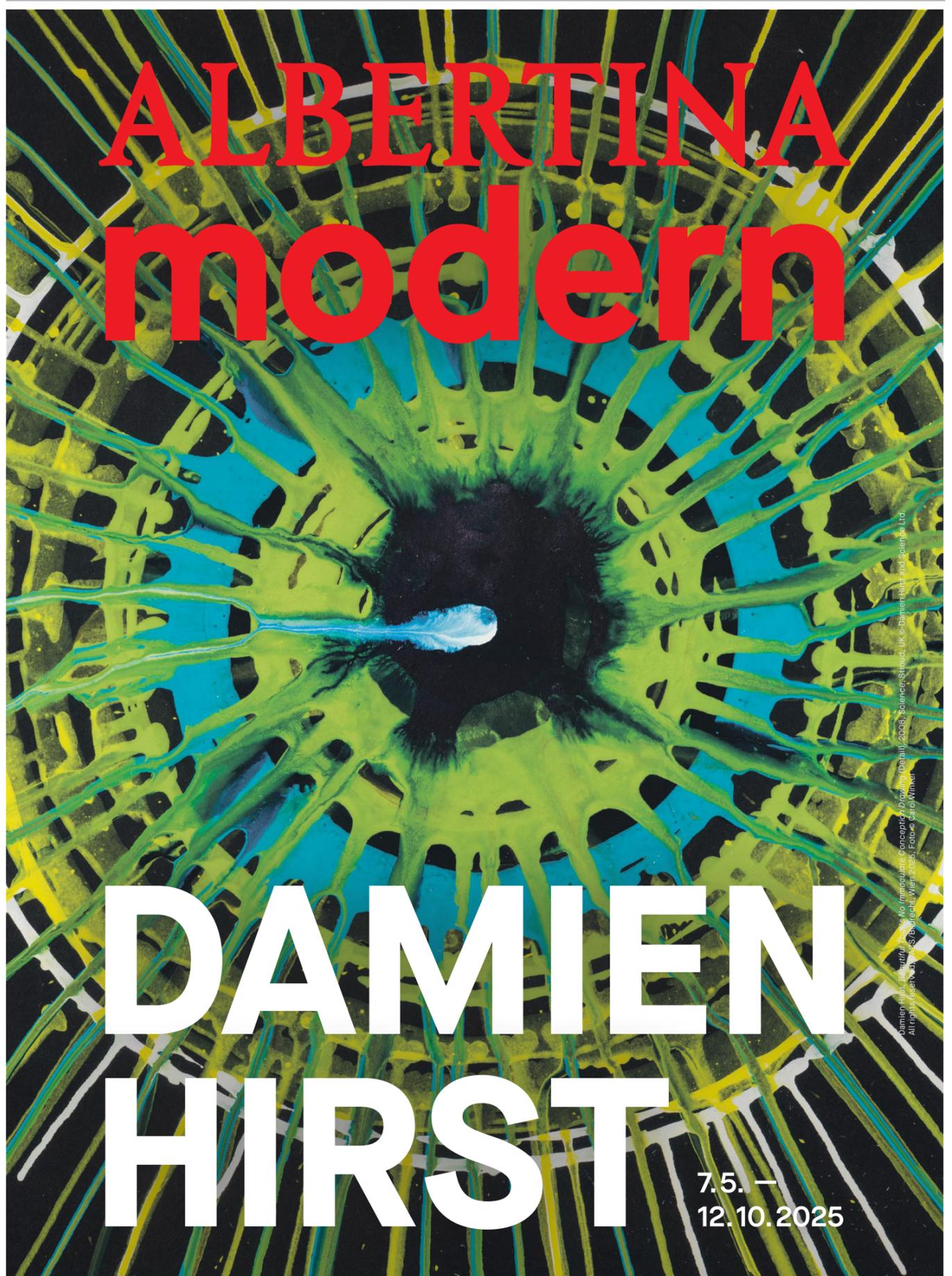
35 MITGLIEDER DES STIFTUNGSRATS **13** ÖVP **12** SPÖ **3** Neos **3** FPÖ **1** Grüne **3** Unabhängig entsendet durch

Quelle: APA, ORF - Grafik: „Die Presse“ - GK



Neben Parteien und Bundesregierung müssen wegen der Gesetzesnovelle auch Bundesländer und ORF-Betriebsrat ihre Vertreter im Stiftungsrat nominieren. Neu dabei sind gleich zwei ehemalige ORF-Manager: Der frühere Online-Direktor Thomas Prantner wird das Land Steiermark (FPÖ) vertreten, der langjährige Technikchef Michael Götzhaber das Land Kärnten (SPÖ). Von den fünf Betriebsräten im ORF-Aufsichtsgremium werden Flo-

rian Gass, Michael Cesar und Gerald Erler der SPÖ zugeordnet, Harald Kratzer und Christiana Jankovics gelten als unabhängig, aber jedenfalls nicht als bürgerlich. Am Ende könnte im kommenden Sommer also die SPÖ das meiste Gewicht im Stiftungsrat haben, wenn es darum geht, einen neuen ORF-Generaldirektor oder eine Generaldirektorin zu wählen. Entschieden wird darüber in den „Freundeskreisen“. Alles andere ist ein frommer Wunsch.



MORGEN IN DER „PRESSE AM SONNTAG“

Der in Wien lebende Kurator Jasper Sharp hat für Wes Andersons neuen Film originale Kunstwerke ausgesucht und das Set so in ein Museum verwandelt.

Zum Abo: diepresse.com/abo

7.5. —
12.10.2025